

Deutschland

»Wir sind nach Deutschland gekommen, weil man uns hier mit offenen Armen empfangen hat.« ▶ S. 24



Cyberabwehrübung der Nato 2017 in Rheinbach

MARTINA PUMPE / PIZ C15 / BUNDESWEHR

Bundeswehr

Gerüstete Cyberkrieger

Ministerium warnt vor möglichen neuen Bedrohungslagen durch Quantencomputing.

● Die Cybertruppe der Bundeswehr könnte im Fall eines Angriffs auf deutsche Netze zurückschlagen. In einem internen Bericht schreibt das Verteidigungsressort, die Hacker des Zentrums Cyber-Operationen seien mittlerweile »in der Lage, aktiv im Cyber-Raum aufzuklären und zu wirken«. Bisher hatte die in Graftschaft bei Bonn stationierte Einheit Gegenschläge im Netz – »Hackbacks« – praktisch nur in Planspielen getestet. Der Ausbau der Fähigkeiten sei ein »essenzieller Beitrag zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge«, betont das Ministerium, weshalb es die Hackertruppe von heute knapp 100 auf künftig 300 Mann aufstocken wolle. Ob der Bundeswehr Gegenschläge erlaubt werden sollen, wird in der Politik freilich kontrovers diskutiert.

Das Ministerium warnt in seinem Papier davor, dass der technologische Fortschritt etwa durch Quantencomputing zu »einer neuen, vielleicht sogar kritischen Bedrohungslage« führen könne.

Quantencomputer könnten dereinst »sämtliche derzeit üblichen asymmetrischen Kryptoverfahren« zur Verschlüsselung überwinden. Dadurch könne eine »fundamentale Bedrohung wesentlicher kritischer Infrastrukturen« entstehen – etwa im Banken-, Bahn- oder Flugverkehr. Quantencomputer sind erheblich leistungsstärker als herkömmliche Rechner; Prototypen waren 100 Millionen Mal schneller als aktuelle Computer.

Die US-Konzerne IBM, Microsoft und Google liefern sich ein Wettrennen bei der Entwicklung mit chinesischen Wettbewerbern wie Baidu. Die EU-Kommission legt eine »Quanten-Flaggschiff«-Initiative im Wert von einer Milliarde Euro auf, China baut gerade ein Quantenlabor für zehn Milliarden Dollar. Eine Studie des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik warnt vor der rasanten Entwicklung der Quantencomputer und plädiert für »eine starke nationale Cybersicherheitsbehörde«. MGB, ROM

AfD-Fraktion

Ankunft in der Realität

● Nach acht Monaten im Bundestag kommt die AfD im Mainstream an: Wie ihre politischen Gegner wollen die AfD-Abgeordneten ihren Fraktionschefs künftig Funktionszulagen zahlen. »Unsere Vorsitzenden Alexander Gauland und Alice Weidel haben eine herausragende Position in der Fraktion und leisten besonders harte Arbeit«, sagt Uwe Kamann, Sprecher der nordrhein-westfälischen AfD-

Abgeordneten. Für die restliche Fraktionsführung solle es zumindest eine pauschale Aufwandsentschädigung geben, fordert Kamann: »Wegen ihrer Ämter entstehen ihnen zusätzliche Kosten etwa für Reisen.« Obwohl die AfD stets die angebliche Selbstbedienungsmentalität bei den »Altparteien« anprangert, ist die Mehrheit der Fraktion laut Kamann für die Sonderzulagen. »Die Realität holt uns ein«, sagt auch Dirk Spaniel, Chef der Landesgruppe Baden-Württemberg. Ebenfalls rächt sich für die AfD, dass sie anfangs die

geringe Präsenz der Politiker im Plenum lautstark beklagte. Auch ihre Reihen sind oft leer – zum Ärger ihrer Anhänger. »Da sind wir vielleicht etwas voreilig vorgeprescht«, sagt Steffen Kotré, Sprecher der AfD-Abgeordneten aus Brandenburg, »es gibt zu viele Arbeitstermine parallel zu Plenarsitzungen.« Ein Antrag der AfD-Fraktion gegen Paralleltermine scheiterte vorerst im Bundestag. Die Fraktion hat nun beschlossen, dass auch AfD-Abgeordnete aus wichtigen Gründen im Plenum fehlen dürfen. AMA